

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zur Einführung eines Justizvollzugsdatenschutzgesetzes und zur Anpassung weiterer Vorschriften des Justizvollzugs		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	<div style="flex: 1;">Name</div> <div style="flex: 1;">Organisationsform</div>	
	<div style="flex: 1;">Bewährungs- und Straffälligenhilfe Thür. e.V.</div> <div style="flex: 1;">Gemeinnütziger Verein</div>	
	<div style="flex: 1;">Geschäfts- oder Dienstadresse</div> <div style="flex: 1;"></div>	
	<div style="flex: 1;">Gutenbergstraße 68, 99092 Erfurt</div> <div style="flex: 1;"></div>	
	<div style="flex: 1;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</div> <div style="flex: 1;"></div>	
	<div style="flex: 1;">Gutenbergstraße 68</div> <div style="flex: 1;"></div>	
	<div style="flex: 1;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1;"></div>	
<div style="flex: 1;">99092 Erfurt</div> <div style="flex: 1;"></div>		
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	<div style="flex: 1;">Name</div> <div style="flex: 1;">Vorname</div>	
	<div style="flex: 1;"></div> <div style="flex: 1;"></div>	
	<div style="flex: 1;"><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</div> <div style="flex: 1;"><input type="checkbox"/> Wohnadresse</div>	
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	<div style="flex: 1;">Straße, Hausnummer</div> <div style="flex: 1;"></div>	
<div style="flex: 1;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1;"></div>		

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDokG)	
	Zweck des Vereins ist die Verhütung von Straffälligkeit durch materielle und immaterielle Hilfe für Straffällige außerhalb und innerhalb des Strafvollzugs mit dem Ziel der Eingliederung bzw. Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Das soziale Umfeld des Straffälligen sowie von Straffälligkeit bedrohte Personen können in die Hilfe einbezogen werden.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilDokG)	
	<ul style="list-style-type: none"> - Einführung des Überbrückungsgeld wird für notwendig erachtet - Befürwortung, Unterhalt Strafgefangener vorrangig zu bedingen, auch wenn Pfändung des Eigengeldes vorliegt - Berücksichtigung der Schuldner- und Insolvenzberatung nach § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 19 im Sinne des § 66 (2) Thüringer Strafvollzugsgesetz; Schuldner- und Insolvenzberatung ist eine Behandlungsmaßnahmen → bezahlter Arbeitsausfall 	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 02.02.2022	Stellv. Geschäftsführerin